

Dem XI. Parteitag der SED entgegen

Dr. Klaus Sorgenicht:
Die SED — die Partei der Gesetzlichkeit 126
Prof. Dr. sc. Heinz Karl:
Das Wirken Ernst Thälmanns als Parlamentsabgeord-
neter der KPD 129

Dr. Gunter G ö r n e r / Dr. Wolfgang H a r p e /
Tomas S c h m i d t :
Zur Arbeit des Rechtsausschusses auf der 40. Tagung
der UN-Vollversammlung 132

Hans B r e i t b a r t h :
Erfolgreiches Wirken der Staatlichen Notariate
Karl-Heinz E b e r h a r d t :
Gedanken zum 20. Jahrestag des FGB 135

Heinz M u l i t z e :
Die Anforderungen an einen Neuerervorschlag
Dozent Dr. sc. Walter G r i e b e /
Dozent Dr. sc. Achim M a r k o :
Der Schutz der Spareinlagen der Bürger und des
Scheckverkehrs aus zivil- und strafrechtlicher Sicht 142

Prof. Dr. sc. Erich B u c h h o l z :
Eine interessante Untersuchung über Länder mit ge-
ringer Kriminalitätsrate 146

Aus der Arbeit der Staatsanwaltschaft
Dr. Dr. h. c. Josef S t r e i t :
Weitere Erhöhung der Wirksamkeit der staatsanwalt-
schaftlichen Arbeit 147

Dr. Günter W o l f :
Zusammenhang von Strafverfolgung und Gesetzlich-
keitsaufsicht 147

Dr. Roland M ü l l e r / Hans Peter H o f m a n n :
Die Leitung des Ermittlungsverfahrens durch den
Staatsanwalt 148

Aus anderen sozialistischen Ländern
Dr. sc. K. F. G u z e n k o :
Hauptrichtungen und Mittel der weiteren Vervoll-
kommnung der Sowjetgesetzgebung 153

Staat und Recht im Imperialismus
Prof. Dr. sc. Karl-Heinz R ö d e r :
Konservative Rechtspolitik in den USA
Anstieg der Arbeitsunfälle und Abbau des Arbeits-
schutzes in den USA
Wie frei dürfen Richter in der BRD ihre Meinung
sagen? 157

Dokumentation
DDR-Initiativen auf der 40. Tagung der UN-Vollver-
sammlung 158

Berichte
Dozent Dr. sc. Wolfgang S c h n e i d e r /
Tran Ngoc D u n g :
Internationale Konferenz zum LPG-Recht 159

Erfahrungen aus der Praxis
Dieter G r o ß e :
Sicherheits- und Rechtskonferenzen im Ministerium
für Bezirksgeleitete Industrie und Lebensmittelindustrie 161

Karin R e s c h e t i l o w s k i /
Georg T h i e l e m a n n :
Schadensverhütungsvereinbarung der Staatlichen Ver-
sicherung unterstützt Aktivitäten der Werktätigen 161

Dozent Dr. sc. Renate S c h a u m /
Dr. Michael S t r i c h :
Adressatenspezifische Vermittlung von Rechtskenntnis-
sen an Leiter im Hoch- und Fachschulwesen 162

Prof. Dr. sc. Wolfgang S u r k a u : *
Gesellschaftliche Kräfte im Ordnungsstrafverfahren 163

Informationen

Auszeichnungen

Rechtsprechung

Arbeits- und Neuererrecht

Oberstes Gericht:
Zur Berücksichtigung entgangener und künftig entgehender Ar-
beitseinkünfte aus Lohnveränderungen bei der Bemessung des
Schadenersatzanspruchs eines Werktätigen wegen Arbeits-
unfalls: 164

Oberstes Gericht:
Zur Feststellung und Wertung des schöpferischen Gehalts und
der zur Erarbeitung einer Neuererlösung erforderlich gewese-
nen Initiative als Voraussetzung für die Prüfung, ob eine Neue-
rerleistung qualitativ über die Arbeitsaufgabe des Werktätigen
hinausgeht. 164

Oberstes Gericht:
1. Zu den Voraussetzungen, unter denen voneinander unabhän-
gig eingereichte Neuerervorschläge einen kollektiven Neuerer-
vorschlag darstellen. 165

2. Zum individuellen Vergütungsanspruch der Mitglieder eines
Neuererkollektivs.

3. Zum Recht jedes Mitglieds eines Neuererkollektivs, am ge-
richtlichen Verfahren als Prozeßpartei mitzuwirken. 165

Familienrecht

Oberstes Gericht:
1. Zur Kostenentscheidung im Vaterschaftsfeststellungsver-
fahren. 167

2. Zur Einbeziehung eines von einer Prozeßpartei eingereichten
Sachverständigengutachtens (hier: Blutgruppengutachten) in
die gerichtliche Beweiswürdigung. 168

Oberstes Gericht:
Zur Bemessung der Höhe einer Ordnungsstrafe wegen unrich-
tigen Verhaltens eines Prozeßbeteiligten. 167

Stadtgericht Berlin:
Zu den Pflichten des Gerichts bei der Aufforderung zur Ein-
zahlung des Gerichtskostenvorschusses und bei der Entschei-
dung über die wegen der Nichtzahlung zu treffenden Maß-
nahmen. 168

Zivilrecht
Oberstes Gericht:
Zur Aufhebung des Mietverhältnisses über einen großen Haus-
garten wegen Eigenbedarfs, wenn dessen Nutzung mehreren
Mieter ermöglicht werden soll. 168

Oberstes Gericht:
Zur Auferlegung der Kosten des Rechtsmittelverfahrens bei
einer Eigenbedarfsklage. 169

Strafrecht
Oberstes Gericht:
Zur differenzierten Geltung des Vertrauensgrundsatzes bei Vor-
fahrtsberechtigten, wenn die Sicht des wartepflichtigen Fahr-
zeugführers auf den Fahrverkehr der bevorrechtigten Straße
verdeckt oder eingeschränkt ist. 169

Oberstes Gericht:
Zur Abweisung des Schadenersatzantrags, wenn sich dieser auf
eine Handlung bezieht, für die der Angeklagte strafrechtlich
nicht zur Verantwortung gezogen wurde. 170

Buch Umschau
Autorenkollektiv (Leitung: Karl A. Mollnau): Rechtshandbuch
für den Bürger
(besprochen von Dr. Friedrich W o l f f) 171